

# **SGB II Fachliche Hinweise**

## **Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (MAbE) nach § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III**

### **Maßnahmen bei einem Träger (MAT)**

**Stand: Juli 2012**

#### **Grundlage**

Rechtsgrundlage für die vorliegenden Fachlichen Hinweise ist § 44b Abs. 3 Satz 2 SGB II; danach haben die Träger in ihrem jeweiligen Aufgabenbereich ein Weisungsrecht gegenüber den gemeinsamen Einrichtungen (im Folgenden Jobcenter genannt). Der BA obliegt gemäß § 44b Abs. 3 Satz 1 SGB II die Verantwortung für die rechtmäßige und zweckmäßige Erbringung der Leistungen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III.

#### **Inhalt und Ziel**

Die Fachlichen Hinweise sollen die Jobcenter bei ihren dezentralen Entscheidungen zur Durchführung von MAT unterstützen. Gleichzeitig sollen sie einen Rahmen bilden, wie der Instrumenteneinsatz hinsichtlich Rechtmäßigkeit, Integrationswirkung und Wirtschaftlichkeit bestmöglich gestaltet werden kann.

Die vorliegende Unterlage enthält in jeweils gekennzeichneten Abschnitten Empfehlungen und fachliche Hinweise (verbindliche Weisungen zur Rechtsauslegung) der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Umsetzung.

[Teil A – Grundsätzliche Hinweise](#)

[Teil B – Regelungen zur Anwendung und Umsetzung](#)

[Teil C – Ergänzende Verfahrensinformationen](#)

#### **Beteiligungen**

Die Neufassung der Fachlichen Hinweise wurde von der BA erarbeitet und mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) abgestimmt. Das Benehmen mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden wurde im Rahmen des Konsultationsverfahrens hergestellt. Die Fachlichen Hinweise werden bei Bedarf fortgeschrieben.

## **Impressum**

Bundesagentur für Arbeit  
Geschäftsbereich PEG  
Produktentwicklung Grundsicherung  
Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg

## Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Beschreibung
4PM	4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit
AA	Agentur für Arbeit
AVGS	Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein
AVGS-MAT	Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein für Maßnahmen bei einem Träger
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
COSACH	Computerunterstützte Sachbearbeitung (IT-Fachverfahren der BA für Abwicklung der Eingliederungsleistungen)
eLb	Erwerbsfähige/r Leistungsberechtigte/r (i.S.d. § 7 SGB II)
ERP	Einheitliches Ressourcen Planungssystem (IT-Fachverfahren der BA für Finanzen)
FKS	Fachkundige Stelle (für Zulassung nach den §§ 176 ff. SGB III)
IFK	Integrationsfachkraft (im Jobcenter)
IKS	Interne Kontrollsysteme
MAbE	Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung
MAG	Maßnahmen bei einem Arbeitgeber
MAT	Maßnahmen bei einem Träger
MPAV	Maßnahmen bei einer privaten Arbeitsvermittlung
PAV	Private Arbeitsvermittlung
REZ	Regionales Einkaufszentrum (der BA)
UFa	Unterstützung der Fachaufsicht
VA	Verwaltungsakt (i.S.d. § 31 SGB X)
VerBIS	Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem (IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit für die Bereiche Vermittlung und Beratung)
zkT	Zugelassener kommunaler Träger (§ 6a SGB II)

## Inhaltsübersicht

<b>Teil A – Grundsätzliche Hinweise.....</b>	<b>6</b>
1. Gesetzliche Grundlagen .....	6
2. Begriffsbestimmung .....	6
3. Ziele.....	7
4. Produkteinsatz im Kontext des 4-Phasen-Modells und des Förder-Checks.....	7
<b>Teil B – Regelungen zur Anwendung und Umsetzung.....</b>	<b>9</b>
1. Allgemeine Fördervoraussetzung zur Durchführung einer MAT .....	9
1.1 Förderfähiger Personenkreis .....	9
1.2 Zulassung von Trägern.....	9
1.3 Besonderheiten im Vergabeverfahren .....	10
1.4 Ko-Finanzierung oder Ergänzung von Landesmaßnahmen.....	10
1.5 Kombination bzw. Verknüpfung mit anderen Instrumenten .....	11
1.6 Förderdauer .....	11
1.7 Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber .....	12
1.8 Berufliche Kenntnisvermittlung .....	12
1.9 Produktionsorientierte Tätigkeiten .....	13
2. Zugang zu einer MAT .....	14
2.1 Angebot für eine MAT .....	14
2.2 AVGS-MAT .....	15
2.2.1 Rechtsnatur .....	15
2.2.2 Zielsetzung .....	15
2.2.3 Ausgabe.....	15
2.2.4 Gültigkeitsdauer .....	16
2.2.5 Maßnahmeziel und -inhalt.....	16
2.2.6 Regionale Beschränkung .....	16
2.2.7 Einlösung.....	17
2.3 Eingliederungsvereinbarung (EinV) .....	17
2.4 Teilnehmer- und Absolventenmanagement .....	18
3. Beendigung und finanzielle Abwicklung der MAT .....	18
3.1 Zeiten der Arbeitsunfähigkeit.....	18
3.2 Umfang der Förderung .....	19
3.2.1 Teilnehmerbezogene Kosten .....	19
3.2.2 Maßnahmekosten für Vergabemaßnahmen .....	19
3.2.3 Maßnahmekosten für AVGS-MAT .....	20
<b>Teil C – Ergänzende Verfahrensinformationen .....</b>	<b>21</b>
1. IT-Verfahren, Vordrucke, Dokumentation .....	21
1.1 Nutzung der IT-Verfahren der BA; selektiver Zugriff auf VerBIS .....	21
1.2 Zentrale BK-Vorlagen.....	21
1.3 Teilnehmerstatus während der MAT.....	22
1.4 Dokumentation .....	22
2. Geschäftsprozessmodell der BA .....	22
3. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel .....	23

Maßnahmen bei einem Träger (MAT)

<b>4. Statistik und Controlling</b>	<b>23</b>
<b>5. Aufbewahrungsfrist</b>	<b>24</b>
<b>6. Qualitätssicherung</b>	<b>24</b>
6.1 Zentrale Unterstützung der Qualitätssicherung	24
6.2 Qualität von Vergabemaßnahmen, Leistungsstörungen	25
6.3 Qualität von zertifizierten Maßnahmen, Leistungsstörungen	25
6.4 Nachhaltung	25

## Teil A – Grundsätzliche Hinweise

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt werden die bisherigen §§ 46 und 421g SGB III zu einer gemeinsamen Norm unter § 45 SGB III zusammengeführt und inhaltlich weiterentwickelt. Neben den bisher aus § 46 SGB III bekannten Möglichkeiten, Träger mit der Durchführung von MAbE zu beauftragen oder MAbE bei einem Arbeitgeber zu fördern, haben die Jobcenter ab dem 01.04.2012 mit § 45 SGB III zusätzlich die Option, eLb für die Teilnahme an MAbE einen Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein (AVGS) auszustellen.

In den vorliegenden Fachlichen Hinweisen werden MAT beschrieben, die

- die Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB III),
- die Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB III),
- Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III),
- die Heranführung an eine selbständige Tätigkeit (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 SGB III) oder
- die Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 SGB III)

unterstützen.

Ist das alleinige Ziel der Unterstützungsleistung die ausschließlich erfolgsbezogen vergütete Arbeitsvermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III) ist diese ausschließlich durch einen Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein vom Typ AVGS-MPAV zu realisieren. Dies gilt nicht, wenn die Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung Bestandteil einer Maßnahmekombination der o.g. Zielsetzungen ist.

Die vorliegenden Fachlichen Hinweise behandeln sowohl die Zuweisung einer/eines erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) in eine Maßnahme bei einem Träger (MAT) als auch die Auswahl eines Trägers mittels eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheins (AVGS-MAT) nach § 45 SGB III.

Wird in diesen Fachlichen Hinweisen die Bezeichnung „§ 45 SGB III“ verwendet, so handelt es sich hierbei um § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III.

### 1. Gesetzliche Grundlagen

Rechtsgrundlage für die vorliegenden Fachlichen Hinweise ist § 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III. Als Sonderregelung im SGB II wird § 45 SGB III durch § 16 Abs. 3 SGB II modifiziert. Zusätzlich gelten für MAT die Regelungen zum Zulassungsverfahren nach §§ 176 ff. SGB III.

Der Gesetzestext in seiner jeweils aktuellen Fassung kann im Internet unter diesem Link aufgerufen werden: [SGB II](#)<sup>1</sup>.

### 2. Begriffsbestimmung

Die MAbE nach § 45 SGB III setzen sich zusammen aus:

- Maßnahmen bei einem Träger (MAT) und
- Maßnahmen bei einem Arbeitgeber (MAG) und
- Maßnahmen bei einer privaten Arbeitsvermittlung (MPAV)

---

<sup>1</sup> Die BA übernimmt für die verlinkten Inhalte keinerlei Gewährung oder Verantwortung.

### **3. Ziele**

Nach der Zielsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) soll die individuelle Beschäftigungsfähigkeit der/des eLb durch Erhalt und Ausbau seiner/ihrer Fertigkeiten und Fähigkeiten gefördert sowie dessen/deren berufliche Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt unterstützt werden.

Mit der Instrumentenreform sollen den Verantwortlichen vor Ort auf der einen Seite flexible und verbesserte Handlungsmöglichkeiten für die individuelle Unterstützung von eLb bei deren Eingliederung in Arbeit eröffnet werden. Dies bestärkt zugleich die Jobcenter in ihrer dezentralen Entscheidungskompetenz.

Auf der anderen Seite werden die eLb durch die neu eingeführte Gutscheinvariante in die Lage versetzt, innerhalb eines durch die Jobcenter vorgegebenen Rahmens eigenverantwortlich das Dienstleistungsangebot eines Trägers oder Arbeitgebers auszuwählen, das ihren individuellen Förderbedarf am besten berücksichtigt. Die eLb werden dadurch hinsichtlich ihres eigenen Beitrags zum Integrationsprozess mehr gefordert. Gleichzeitig werden aber auch ihre Entscheidungs- und Wahlrechte gestärkt.

### **4. Produkteinsatz im Kontext des 4-Phasen-Modells und des Förder-Checks**

#### **Weisungen**

Im Rahmen des Eingliederungsprozesses ist ein Profiling (Potentialanalyse i. S. d. § 37 SGB III) im Rahmen des 4-Phasen-Modells der Integrationsarbeit (4PM) zu erstellen. Auf Basis des Stärken- und Schwächenprofils legt die IFK fest, ob eine MAT für die weitere Eingliederungsstrategie notwendig und zielführend ist und auf welchem Wege der Zugang zur Maßnahme (Angebot oder AVGS-MAT) erfolgt.

MAT können zur Beseitigung individueller Vermittlungshemmnisse so ausgestaltet sein, dass sie neben den originären Elementen der Arbeitsförderung auch andere Elemente enthalten (z. B. Gesundheitsprävention, Ernährungsberatung, usw.). Der Umfang dieser Elemente richtet sich nach den mit der Maßnahme verfolgten Zielen. Sie dürfen jedoch nicht alleiniger bzw. überwiegender Inhalt der MAT sein. Dabei ist die vorrangige Leistungsträgerschaft Dritter (i. S. d. §§ 5 und 12a SGB II; z. B. andere Sozialleistungsträger) zu beachten.

Zur Sicherstellung eines wirkungsvollen Instrumenteneinsatzes müssen vor dem Angebot einer MAT bzw. der Aushändigung eines AVGS-MAT die Kriterien des Förder-Checks erfüllt sein.

#### **Empfehlungen**

Bei eLb mit komplexen Profillagen kann das Angebot einer Maßnahmekombination sinnvoll sein. Es kann sich dabei sowohl um eine Kombination der einzelnen Zielrichtungen der MAbE (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 5 SGB III) handeln, als auch um die Kombination von MAbE mit anderen Eingliederungsleistungen des SGB II (z. B. Arbeitsgelegenheiten nach § 16d SGB II). Die kombinierten Leistungen können sowohl parallel als auch nacheinander eingesetzt werden.

Bei folgenden Handlungsstrategien kann im Rahmen des 4PM der Produkteinsatz einer MAT empfehlenswert sein (Stand: April 2012):

- Vermittlung (übergreifende Handlungsstrategie)
- Gesundheitlich angemessene Beschäftigung vorbereiten bzw. realisieren

Maßnahmen bei einem Träger (MAT)

- Nachhaltiger Übergang in Selbständigkeit (hier für die Phase der Heranführung an eine selbständige Tätigkeit)
- Berufliche (Teil-)Qualifikationen realisieren
- Integrationsrelevante Fremdsprachenkenntnisse erwerben
- Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse
- Leistungsfähigkeit/Motivation feststellen
- Leistungsfähigkeit fördern
- Lernbereitschaft fördern
- Perspektiven verändern
- Heranführen an das Arbeitsleben (Tagesstruktur herstellen)
- Arbeits- und Sozialverhalten stärken
- Individuelle Wettbewerbsnachteile ausgleichen

Einen Überblick über die Handlungsstrategien gibt der Produktkatalog im Intranet. Die Empfehlungen des Produktkatalogs ersetzen allerdings nicht die individualisierte Entscheidung der IFK.

Aufgrund der zuvor durch die IFK für die/den eLb festgelegten Handlungsstrategien können über den „Maßnahmefinder“ in COSACH vorhandene Eingliederungsmaßnahmen des Jobcenters ermittelt werden.



## **Teil B – Regelungen zur Anwendung und Umsetzung**

Die Anwendung und Umsetzung einer MAT gliedert sich in drei Prozessschritte:

1. **Allgemeine Fördervoraussetzung** zur Durchführung einer MAT
2. **Zugang** zu einer MAT
3. **Finanzielle Abwicklung** der MAT

### **1. Allgemeine Fördervoraussetzung zur Durchführung einer MAT**

#### **1.1 Förderfähiger Personenkreis**

##### **Weisungen**

Nach § 45 SGB III gehören zum förderfähigen Personenkreis

- Ausbildungsuchende,
- von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und
- Arbeitslose.

Die Zulässigkeit der Förderung von eLb mit Maßnahmen nach § 45 SGB III ist durch § 16 Abs. 1 SGB II gegeben. Maßgebliche Voraussetzung für die aktivierenden Leistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ist die Hilfebedürftigkeit nach §§ 7ff. SGB II. Dies ermöglicht daher auch die Teilnahme an einer MAT für Personen, die neben dem Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (§§ 19 ff. SGB II) noch Arbeitslosengeld nach dem SGB III (sog. Aufstocker) erhalten. Rechtlich möglich ist der Einsatz von MAT ebenso für Personen, die trotz (Erwerbs-) Einkommen weiterhin hilfebedürftig sind (sog. Erwerbsaufstocker). Da diese bereits in den Arbeitsmarkt integriert sind, muss jedoch in jedem Einzelfall besonders intensiv geprüft werden, ob der Einsatz von MAT sinnvoll und bezogen auf die Verringerung oder Beendigung der Hilfebedürftigkeit zielführend ist.

Die Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung ist im Dritten Kapitel, Dritter Abschnitt des SGB III geregelt. Die Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung für Ausbildungssuchende im Rahmen des § 45 SGB III ist daher gemäß § 45 Abs. 2 Satz 4 SGB III ausgeschlossen.

Die Leistungen nach § 45 SGB III werden für Rehabilitanden erbracht, wenn die BA als Rehabilitationsträger zuständig ist (§ 16 Abs. 1 und 2 SGB II).

Nähere Hinweise zur Prüfung der Leistungsverantwortung sind in den Fachlichen Hinweisen zu § 16 SGB II zu finden.

#### **1.2 Zulassung von Trägern**

##### **Weisungen**

Träger von MAT bedürfen nach § 176 ff. SGB III ab dem 01.04.2012 (bei Vergabemaßnahmen gemäß § 443 Abs. 3 SGB III ab dem 01.01.2013) der Zulassung durch eine FKS, um Maßnahmen zur Eingliederung durchzuführen oder durchführen zu lassen. Von dieser Zulassungsvoraussetzung ausgenommen sind Arbeitgeber, die betriebliche Maßnahmen oder Teile von betrieblichen Maßnahmen durchführen.

### **1.3 Besonderheiten im Vergabeverfahren**

#### **Weisungen**

Bei der Beauftragung von Arbeitsmarktdienstleistern mit der Durchführung von Maßnahmen gilt grundsätzlich das Vergaberecht. Welches Vergabeverfahren genutzt wird, muss im Einzelfall geprüft werden.

Das Vergaberecht sieht neben dem Verfahren einer öffentlichen Ausschreibung auch die Möglichkeit der beschränkten Ausschreibung bzw. der freihändigen Vergabe vor. Grundsätzlich treten die Jobcenter zur Deckung ihrer Bedarfe im Wege der öffentlichen Ausschreibung an den Markt heran. Werden Jobcentern allerdings Maßnahmen angeboten, die bereits oder absehbar durch den Einsatz von Mitteln Dritter, z.B. ESF-Programme der Länder, gefördert werden oder gefördert werden können und dadurch erheblich wirtschaftlicher sind oder werden als vergleichbare Angebote am Markt, kann das Jobcenter das Vorliegen einer „vorteilhaften Gelegenheit“ und entsprechend die freihändige Vergabe gem. § 3 Absatz 5 Buchstabe I VOL/A prüfen. Mit der Förderung eines Dritten liegt nicht automatisch eine „vorteilhafte Gelegenheit“ im Sinne des § 3 Abs. 5 Buchstabe I VOL/A vor. Eine freihändige Vergabe nach § 3 Abs. 5 Buchstabe I VOL/A kann u. a. dann erfolgen, wenn bei der angebotenen geförderten Maßnahme eine erheblich wirtschaftlichere Beschaffung möglich wäre, als dies durch eine reguläre Ausschreibung der Fall wäre. Was "wirtschaftlicher" ist, hängt von den Preisschwankungen in diesem Segment am Markt ab. Ob diese "wirtschaftlichere Beschaffung" durch freihändige Vergabe an die geförderte Maßnahme möglich ist, muss vom Auftraggeber im Einzelfall geprüft, entschieden und dokumentiert werden.

Über jeden vergebenen Auftrag ab einem Auftragswert von 25.000,- Euro ohne Umsatzsteuer hat das Jobcenter für die Dauer von drei Monaten auf Internetportalen oder ihren Internetseiten gemäß § 19 Abs. 2 VOL/A zu informieren.

#### **Empfehlungen**

Beim Einkauf von MAT wird empfohlen, das Dienstleistungsangebot der Regionalen Einkaufszentren (REZ) der BA zu nutzen. Durch diese werden verschiedene Produkte für MAT zur Beschaffung angeboten. Auch individualisierte MAT werden auf Wunsch des Jobcenters realisiert. Für schwerbehinderte Menschen gibt es ein spezifisches Maßnahmeangebot.

### **1.4 Ko-Finanzierung oder Ergänzung von Landesmaßnahmen**

#### **Weisungen**

MAbE können für die in § 45 Abs. 1 Nm. 1-5 SGB III genannten Zielsetzungen gefördert werden. Sofern Landesmaßnahmen vorgelagerte, anknüpfende oder teilweise auch überschneidende Ziele zur Beseitigung von individuellen Problemlagen beinhalten, um Hilfebedürftigkeit zu beenden oder zu verringern bzw. um eLb zu aktivieren, an Tagesabläufe oder Beschäftigungsverhältnisse heranzuführen, können im Sinne einer ganzheitlichen Unterstützung von Landesprojekten MAbE hinzu gestellt werden. Hinsichtlich der Realisierung gelten die Ausführungen unter Punkt B1.3.

## **1.5 Kombination bzw. Verknüpfung mit anderen Instrumenten**

### **Weisungen**

§ 45 SGB III wurde dahingehend ergänzt, dass Personen, deren berufliche Eingliederung durch schwerwiegende Vermittlungshemmnisse besonders erschwert ist, durch Maßnahmen gefördert werden, die nach inhaltlicher Ausgestaltung und Dauer deren erhöhten Stabilisierungs- und Unterstützungsbedarf berücksichtigen. Insbesondere bei komplexen Handlungsbedarfen kann es zudem sinnvoll sein, verschiedene Instrumente zu kombinieren, beispielsweise MAbE mit Arbeitsgelegenheiten (AGH).

Die Kombination von verschiedenen Instrumenten kann durch modulare Bausteine umgesetzt werden. Diese Bausteine können parallel durchgeführt werden (z.B. täglich AGH und Aktivierungs-/Eingliederungselemente) oder zeitlich verzahnt sein (z.B. drei Tage AGH/zwei Tage Aktivierung/Eingliederung im Wechsel). Die Kombination kann bei einem oder mehreren Trägern stattfinden. Träger von AGH und andere Arbeitsmarktdienstleister können zudem kooperieren und gemeinsame Konzepte anbieten. So kann z. B. eine MAbE nach § 45 SGB III vom Jobcenter mit der Verpflichtung vergeben werden, mit einem Anbieter von AGH zu kooperieren. Es ist jedoch sicherzustellen, dass MAbE auch bei einer Kombination mit AGH den gleichen Standards unterliegen wie Maßnahmen, die unabhängig von AGH durchgeführt werden. Dies umfasst sowohl Regelungen des Vergaberechts als auch das Zulassungsverfahren zur Sicherstellung der Qualität arbeitsmarktlischer Dienstleister.

Für die Erstattung von Sach- und Personalkosten, die unmittelbar mit der Durchführung der AGH entstehen, gilt das Antrags- und Bewilligungsverfahren.

Über die Auswahl von geeigneten Maßnahmen oder die Kombination von Stabilisierungs- und Qualifizierungselementen mit AGH entscheidet das Jobcenter vor Ort.

## **1.6 Förderdauer**

### **Weisungen**

Die Dauer von MAT ist gesetzlich nicht geregelt. Über die Dauer der MAT hat das Jobcenter vor Einleitung des Vergabeverfahrens zu entscheiden. Die Dauer der Maßnahmen orientiert sich an der individuellen arbeitsmarktlischen Notwendigkeit sowie an den Grundsätzen von Wirkung und Wirtschaftlichkeit. Die Maßnahmedauer für zugelassene MAT legt die FKS fest.

Die konkrete Teilnahmedauer der/des eLb an der MAT ist ebenfalls gesetzlich nicht geregelt. Sie ist im Jobcenter festzulegen und richtet sich nach den individuellen Handlungsbedarfen, dem daraus abgeleiteten strategischen Vorgehen und den Anforderungen an die MAT.

Eine vorzeitige Beendigung der individuellen Teilnahme durch den Träger ist nicht möglich. Diese kann nur durch die/ den Teilnehmer/in selbst oder durch das Jobcenter erfolgen.

## **1.7 Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber**

### **Weisungen**

Die Organisation und Durchführung von Maßnahmeteilen bei einem Arbeitgeber liegen in der Gesamtverantwortung des Maßnahmeträgers, da es sich um Bestandteile der Gesamtmaßnahme handelt.

Werden Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber durchgeführt, dürfen diese nach § 45 Abs. 2 Satz 2 SGB III grundsätzlich die Dauer von jeweils sechs Wochen (30 Tage bei einer üblichen 5-Tage-Woche) nicht überschreiten. Bei branchen- bzw. betriebsüblichen Besonderheiten kann die Dauer abweichen (z. B. 6-Tage-Woche). Unter Beachtung der arbeits- und tarifrechtlichen Vorschriften darf jedoch die Dauer von 42 Kalendertagen (sechs Kalenderwochen) nicht überschritten werden.

Kommt die IFK zu der Einschätzung, dass es sich um eine/n eLb handelt, der/die

- langzeitarbeitslos nach § 18 SGB III ist oder
- das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und deren/dessen berufliche Eingliederung auf Grund von schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen besonders erschwert ist,

entscheidet sie darüber, ob eine Teilnahme an der betrieblichen Erprobung bis zu max. 12 Wochen (max. 84 Kalendertage, je nach branchen- bzw. betriebsüblichen Besonderheiten) zielführend ist (§ 16 Abs. 3 SGB II).

Die maximale Dauer von Maßnahmeteilen bei Arbeitgebern gilt auch für Kooperations- bzw. Erprobungsbetriebe. Die Durchführung von Maßnahmeteilen bei Arbeitgebern kann für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jeweils max. sechs bzw. zwölf Wochen bei verschiedenen Arbeitgebern erfolgen.

Zweck der Maßnahme darf es nicht sein, dass die/der Teilnehmer/in allein zur Arbeitsleistung ohne Betreuung eingesetzt wird. Der Zweck wird auch dann nicht erreicht, wenn ein eLb wiederholt beim selben Arbeitgeber eine Maßnahme für ein ähnliches Beschäftigungsverhältnis durchlaufen muss. Teile von Maßnahmen, die bei einem Arbeitgeber stattfinden, dürfen nicht dazu genutzt werden, um urlaubs- oder krankheitsbedingte Ausfälle oder betriebliche Spitzenbelastungen aufzufangen.

## **1.8 Berufliche Kenntnisvermittlung**

### **Weisungen**

Die fachtheoretische Vermittlung von beruflichen Kenntnissen im Rahmen einer MAT ist bis zu einer Dauer von acht Wochen möglich (§ 45 Abs. 2 Satz 3 SGB III). Findet eine fachtheoretische Kenntnisvermittlung bei einem Arbeitgeber statt, darf die Dauer dieser Kenntnisvermittlung max. sechs der möglichen acht Wochen Gesamtdauer betragen.

Eine darüber hinaus gehende Qualifizierung kann nur im Rahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung gemäß den §§ 81 ff. SGB III oder der Förderung der Berufsausbildung erfolgen.

Zur beruflichen Kenntnisvermittlung zählen

- die Vermittlung fachtheoretischer Inhalte und
- die Vermittlung fachpraktischer Inhalte,

die auf die Ausübung des Zielberufs oder der Zieltätigkeit vorbereiten. Die Vermittlung beruflicher Kenntnisse bezieht sich dabei auf tätigkeits- bzw. berufsbezogene Inhalte.

#### Maßnahmen bei einem Träger (MAT)

Maßnahmen oder Maßnahmeteile zur Feststellung, Aktivierung und Entwicklung von personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten oder zur Feststellung von beruflichen Kenntnissen sowie praktische Erprobung von vermittelten beruflichen Kenntnissen zählen nicht zu der auf acht Wochen begrenzten Kenntnisvermittlung.

## 1.9 Produktionsorientierte Tätigkeiten

### Weisungen

Sinnstiftende oder marktnahe Arbeiten von Teilnehmerinnen/Teilnehmern können Bestandteil einer erfolgreichen Heranführung an den Arbeitsmarkt sein, gerade wenn diese Arbeiten beim Maßnahmeträger selbst durchgeführt werden.

Sofern diese Arbeiten oder Tätigkeiten dazu dienen, sehr personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Teilnehmerin/des Teilnehmers festzustellen, zu aktivieren oder zu entwickeln bzw. vermittelte berufliche Kenntnisse praktisch zu erproben, unterliegen diese keiner zeitlichen Begrenzung nach dem Gesetzeswortlaut des § 45 SGB III bzw. des § 16 SGB II. Der zeitliche Umfang der Ausübung praktischer sinnstiftender Tätigkeiten in Maßnahmen richtet sich nach den individuellen Eingliederungserfordernissen. Dies setzt voraus, dass die Ausübung dieser Tätigkeiten in ein Gesamtkonzept zur Betreuung und Unterstützung mit dem Ziel der Heranführung an den Arbeitsmarkt eingebettet ist. Dies kann durch Beschreibung der produktionsorientierten Tätigkeit in der Vergabeunterlage erfolgen oder durch Genehmigung des Jobcenters bei Anfrage im Verlauf der Maßnahme. Dabei muss der aktivierende Ansatz der praktischen sinnstiftenden Tätigkeiten im Vordergrund stehen und nicht die Erzielung wirtschaftlicher Ergebnisse. Führen die Tätigkeiten zu wirtschaftlich verwertbaren Ergebnissen, sind die Einnahmen oder geldwerten Vorteile hieraus von den Maßnahmekosten abzusetzen.

Im Maßnahmeverlauf ist es erforderlich, dass parallel zur praktischen Tätigkeit die eigentlichen Maßnahmeinhalte fortgesetzt werden (z.B. Aktivierungsinhalte, Kenntnisvermittlung, Feststellung von Vermittlungshemmnissen, Eingliederungsbemühungen usw.). Dies muss sich auch in der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmekonzeption widerspiegeln.

Darüber hinaus dürfen die sinnstiftenden Arbeiten nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen, die von der regionalen Wirtschaft als Beeinträchtigung gewertet wird. Der Maßnahmeträger ist zu verpflichten, für den jeweiligen Schwerpunkt der sinnstiftenden Arbeiten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Kammer bzw. des zuständigen Verbandes vorzulegen oder in sonstiger geeigneter Weise nachzuweisen, dass eine Beeinträchtigung der regionalen Wirtschaft nicht gegeben ist. Liegt eine Unbedenklichkeitsbescheinigung (o.ä.) nicht vor, gelten analog die in § 45 Abs. 2 Satz 2 SGB III bzw. die in § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II geregelten zeitlichen Grenzen für Maßnahmen oder Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber.

## **2. Zugang zu einer MAT**

### **Weisungen**

Mit den gesetzlichen Neuregelungen wird den Jobcentern im Bereich der MAbE eine neue Handlungsalternative eröffnet: Die Jobcenter können - wie bisher - Träger direkt mit der Durchführung von MAbE unter Berücksichtigung des Vergaberechts beauftragen oder - mit Wirkung ab dem 01. April 2012 - den Förderberechtigten das Vorliegen der Fördervoraussetzungen durch die Ausgabe eines AVGS-MAT bescheinigen.

Es obliegt der Integrationsfachkraft (IFK) zu entscheiden, ob ein AVGS-MAT ausgegeben wird oder die Zuweisung in eine beauftragte Maßnahme zielführender ist. Bei der Entscheidung über die Ausgabe eines AVGS-MAT sollen die Eignung und die persönlichen Verhältnisse der/des eLb ebenso einbezogen werden, wie das örtliche Angebot an Arbeitsmarktdienstleistungen.

### **Empfehlungen**

Das Gutscheilverfahren (AVGS-MAT) wird für eLb mit Handlungsbedarf im Bereich der Motivation (dazu zählen auch Jugendliche und junge Erwachsene mit schwerwiegenden Hemmnissen) und eLb mit komplexen Profillagen überwiegend nicht geeignet sein. Hier ist eher ein konkretes Maßnahmeangebot (z.B. Aktivierungshilfen für Jüngere oder Maßnahmekombinationen) mit individuell festgelegter Teilnahmedauer angezeigt.

Auch der Zeitfaktor kann bei der Entscheidung eine Rolle spielen: ggf. kann durch die Zuweisung in eine beauftragte Maßnahme des Jobcenters das Förderziel schneller erreicht werden als durch Ausgabe eines AVGS-MAT.

### **2.1 Angebot für eine MAT**

#### **Weisungen**

Für die Teilnahme an Vergabemaßnahmen wird der/dem eLb von der IFK ein Angebot unterbreitet. Im Rahmen dieses Angebots legt die IFK auch den individuellen Teilnahmezeitraum fest. Mit der Aushändigung des Angebots sind der/dem eLb die Rechtsfolgen zu erläutern.

Über die Angebotsauswahl für die Teilnehmer/innen entscheidet allein das Jobcenter.

#### **Empfehlungen**

Zur Unterbreitung eines Maßnahmeangebots wird für die rechtskonforme Umsetzung die Nutzung der BK-Vorlagen (Aufruf über COSACH) empfohlen. Diese befüllen sich bereits beim Aufruf mit den erforderlichen Teilnahmedaten. Für die Rechtsfolgenbelehrung bei Aushändigung des Angebots können ebenfalls die vorhandenen BK-Vorlagen genutzt werden.



## **2.2 AVGS-MAT**

### **2.2.1 Rechtsnatur**

#### **Weisungen**

Die Aushändigung eines AVGS-MAT stellt gegenüber der/dem eLb eine konkrete Zusicherung i. S. d. § 34 SGB X dar (Rechtsnatur des AVGS-MAT). Der AVGS-MAT ermöglicht es der/dem eLb, im Rahmen des festgestellten Unterstützungsbedarfs selbst nach zugelassenen Maßnahmeträgern, die eine geeignete und zugelassene Maßnahme anbieten, zu suchen. Dies stärkt vor allem die Eigenverantwortung der/des eLb bei der Umsetzung ihrer/seiner individuellen Integrationsstrategie.

### **2.2.2 Zielsetzung**

#### **Empfehlung**

Sofern die Integration durch Teilnahme an einer MAT erreichbar scheint, sollte sie das primäre Ziel der Maßnahme bilden. MAT können jedoch auch zum Einsatz kommen, wenn andere Handlungsbedarfe (z. B. Aktivierung und Herstellung von Tagesstruktur) das vorrangige Maßnahmeziel bilden. In diesen Fällen ist allerdings besonders sorgfältig zu prüfen, ob die Gutscheinelösung gewählt oder der/dem eLb ein entsprechendes Angebot zur Teilnahme an einer Vergabemaßnahme unterbreitet werden sollte.

### **2.2.3 Ausgabe**

#### **Weisungen**

Die Ausstellung eines AVGS-MAT darf nicht allein aufgrund knapper Haushaltsmittel versagt werden.

#### **Empfehlungen**

Die zeitgleiche Ausgabe mehrerer AVGS mit unterschiedlichen Maßnahmezielen (§ 45 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 1 bis 5 SGB III) sollte nur erfolgen, wenn dies die individuelle Integrationsstrategie zielorientiert unterstützt. Nach Abschluss der Teilnahme an einer Maßnahme sollte zunächst immer erst festgestellt werden, ob das Förderziel erreicht ist oder ob ggf. darauf aufbauend noch weitere Förderleistungen notwendig sind. Daher sollte der Fokus eher auf der schrittweisen Bearbeitung der Handlungsbedarfe liegen.

## **2.2.4 Gültigkeitsdauer**

### **Weisungen**

§ 45 Abs. 4 Satz 2 SGB III ermöglicht u. a. die zeitliche Befristung des AVGS-MAT. Da gesetzlich keine konkrete Gültigkeitsdauer vorgegeben ist, wird diese grundsätzlich durch die IFK festgelegt. Die Gültigkeitsdauer ist auf dem AVGS-MAT zu vermerken.

Die Gültigkeit erlischt

- mit Wegfall der Fördervoraussetzungen,
- mit Ablauf der im AVGS-MAT angegebenen Frist oder
- mit Wegfall der Hilfebedürftigkeit (§ 9 SGB II).

Mit dem Wegfall der Gültigkeit des AVGS-MAT entfällt die Bindung des Jobcenters an die Zusicherung (Punkt B 2.2.1).

Der tatsächliche Eintritt in die MAT muss innerhalb der Gültigkeitsdauer des AVGS-MAT erfolgen.

### **Empfehlungen**

Es wird empfohlen, die Gültigkeitsdauer des AVGS-MAT auf max. drei Monate zu begrenzen.

Ist diese Frist abgelaufen, die/der eLb jedoch weiterhin hilfebedürftig, kann ein erneuter AVGS-MAT ausgestellt werden. Vor einer erneuten Ausstellung sollte jedoch geprüft werden, ob die Gutscheinelösung als geeignete Form des Zugangs zu einer MAT angesehen wird.

## **2.2.5 Maßnahmeziel und -inhalt**

### **Weisungen**

Maßnahmeziel, -inhalt und -dauer sind auf dem AVGS-MAT detailliert und nachvollziehbar zu vermerken. Dies gewährleistet, dass die Maßnahme sich zielführend an der zuvor festgelegten Integrationsstrategie sowie am Zielberuf bzw. an der Zieltätigkeit orientiert.

## **2.2.6 Regionale Beschränkung**

### **Empfehlungen**

§ 45 Abs. 4 Satz 2 SGB III ermöglicht es den Jobcentern, den Gültigkeitsbereich des AVGS-MAT für die Auswahl des Maßnahmeträgers regional zu beschränken. Da gesetzlich kein konkreter regionaler Gültigkeitsbereich vorgegeben ist, kann dieser individuell durch das Jobcenter festgelegt werden.

Wird der regionale Gültigkeitsbereich des AVGS-MAT beschränkt, ist diese Beschränkung auf dem AVGS-MAT zu vermerken. Die Beschränkung sollte sich an der strategischen Ausrichtung des Integrationsprozesses orientieren und auch die teilnehmerbezogenen Kosten (insbesondere Fahrkosten) berücksichtigen.



## **2.2.7 Einlösung**

### **Weisungen**

Der AVGS-MAT kann nur für zugelassene Maßnahmen eingelöst werden. Für die Einlösung eines AVGS-MAT ist es erforderlich, dass die Maßnahme in COSACH erfasst wurde. Der Beginn der Maßnahme muss im Zulassungszeitraum liegen.

Die Agentur für Arbeit, in deren Bezirk die Maßnahme durchgeführt wird, übernimmt sowohl die Erfassung der Maßnahme als auch deren Pflege in COSACH sowie die Vergabe der Maßnahmennummer.

Bei Annahme des ersten AVGS-MAT für eine zugelassene Maßnahme übermittelt der Maßnahmeträger die für die Einlösung der AVGS-MAT notwendigen maßnahmebezogenen Daten mit einem Kurzfragebogen an die zuständige AA. Bei unplausiblen Daten im Kurzfragebogen klärt diese die Angaben mit dem Träger ab. Die Erfassung in COSACH erfolgt, wenn ein einlösbarer AVGS-MAT vorliegt.

Der von der/dem eLb ausgewählte Maßnahmeträger hat den AVGS-MAT im Original vor Beginn der Maßnahme beim Jobcenter einzureichen. Das Jobcenter prüft den AVGS-MAT und teilt der/dem eLb die Entscheidung mit.

Bei Bewilligung der Teilnahme an der MAT erhält die/der eLb einen Bewilligungsbescheid mit Rechtsfolgen- und Rechtsbehelfsbelehrung und einen Erklärungsbogen für die Erstattung der teilnehmerbezogenen Kosten. Der Maßnahmeträger wird durch eine Mehrfertigung des Bewilligungsbescheides informiert. Dieser Mehrfertigung sind ein Begleitschreiben und der Hinweis auf Meldung von Fehlzeiten und vorzeitigem Abbruch der Teilnehmerin/des Teilnehmers beigelegt.

Die Teilnahme an der MAT kann erst nach Zugang des Bewilligungsbescheides beginnen.

Bei Ablehnung der Teilnahme an der MAT erhält die/der eLb einen Ablehnungsbescheid mit Rechtsbehelfsbelehrung. Der Maßnahmeträger wird durch eine Mehrfertigung des Ablehnungsbescheides informiert.

Die Gültigkeit des AVGS-MAT erlischt durch die Ablehnung nicht. Der AVGS-MAT berechtigt bis zum Ablauf seiner Gültigkeit weiterhin zur Auswahl eines Maßnahmeträgers für die Teilnahme an einer zugelassenen MAT. Der ursprüngliche AVGS-MAT kann der/dem eLb nochmals ausgedruckt werden. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass in COSACH keine Buchung erfolgt (Status „C:abgelehnt“), da ansonsten der AVGS-MAT seine Gültigkeit verliert.

## **2.3 Eingliederungsvereinbarung (EinV)**

### **Weisungen**

Die Unterbreitung eines Angebots für die Teilnahme an einer MAT ist Teil der Integrationsstrategie. Die Ausgestaltung der Maßnahmen berücksichtigt dabei Elemente, die für die Heranführung der einzugliedernden Kunden an den Arbeitsmarkt erforderlich und sinnvoll sind. Die Ausstellung und Einlösung eines AVGS-MAT sowie die Teilnahme an der MAT sind jeweils in die EinV aufzunehmen. Diese ist regelmäßig zu aktualisieren.

Der Abschluss der EinV erfolgt einvernehmlich zwischen der/dem eLb und der IFK. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, wird nach § 15 Abs. 1 S. 6 SGB II ein VA erlassen.

Die Fachlichen Hinweise zu § 15 SGB II sind zu beachten.

Die Nichteinhaltung von Vereinbarungen ohne wichtigen Grund ist sanktionsbegründend.

## **2.4 Teilnehmer- und Absolventenmanagement**

### **Weisungen**

Die Maßnahmeteilnehmer/innen sind während der Maßnahme von den IFK in die Betreuungs- und Vermittlungsaktivitäten weiter einzubeziehen (z.B. regelmäßige Beratungsgespräche, teilnehmerbezogener Kontakt zwischen IFK und Träger).

Grundsätzlich ist jede Aktivität bzw. jeder Einsatz von Eingliederungsleistungen durch die IFK nachzuhalten und deren Auswirkungen auf das Bewerberprofil zu überprüfen (insbesondere Aktualisierung hinzugewonnener Kenntnisse und Fertigkeiten). Ein Folgekontakt zur Nachhaltung mit der/dem eLb hat spätestens unmittelbar nach Maßnahmeende zu erfolgen. Im Rahmen dieses Gespräches ist mit der/dem eLb das Ergebnis der MAT anhand des teilnehmerbezogenen Berichts auszuwerten und gemeinsam die weitere individuelle Integrationsstrategie festzulegen.

### **Empfehlungen**

Liegen dezentrale Kundenkontaktdichtekonzepte vor, sollten diese zur Unterstützung des Teilnehmer- und Absolventenmanagement herangezogen werden.

## **3. Beendigung und finanzielle Abwicklung der MAT**

### **3.1 Zeiten der Arbeitsunfähigkeit**

#### **Weisungen**

Teilnehmer/innen an MAT haben dem Maßnahmeträger Zeiten der Arbeitsunfähigkeit sofort mitzuteilen und ab dem ersten Tag durch eine ärztliche Bescheinigung nachzuweisen. Die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ist dem Jobcenter durch den Maßnahmeträger zeitnah zu übergeben (§ 61 Abs. 1 SGB II).

Die Teilnehmer/innen haben die Arbeitsunfähigkeit zeitgleich dem Jobcenter mitzuteilen (§ 56 SGB II).

Das Jobcenter entscheidet nach eigenem Ermessen über den Maßnahmeabbruch bei Krankheit.

#### **Empfehlungen**

Bei der Entscheidung über einen Maßnahmeabbruch wegen Krankheit sollte (nach Absprache mit dem Träger) als maßgebliche Frage beantwortet werden, ob das festgelegte Maßnahmeziel noch erreicht werden kann.

## **3.2 Umfang der Förderung**

### **3.2.1 Teilnehmerbezogene Kosten**

#### **Weisungen**

Förderungen im Rahmen der MAT umfassen grundsätzlich die Übernahme aller teilnehmerbezogenen notwendigen und angemessenen Kosten für die Teilnahme. Ob und welche teilnehmerbezogenen Kosten durch die Teilnahme an einer MAT entstehen, entscheidet in jedem Einzelfall das Jobcenter.

Erstattungsfähige Kosten können z. B. Fahrkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterbringung und Verpflegung sein. Erstattungsfähig sind auch Kosten, die durch die Maßnahmeteilnahme ausgelöst werden, z. B. Kosten für einen Gesundheitspass bei Teilnahme an einer Maßnahme im HOGA-Bereich. Eine abschließende Aufzählung der erstattungsfähigen Kosten ist nicht möglich, da die individuelle Förderung der/des eLb im Vordergrund steht.

Kosten für Leistungen, die durch den Maßnahmeträger zu erbringen sind, können nicht im Rahmen anderer Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung erstattet werden. Dies gilt insbesondere für Maßnahmekombinationen, für die eine Vermittlungsvergütung gezahlt wird.

Kosten, die in keinem unmittelbaren Zusammenhang zur Maßnahmeteilnahme stehen, können nicht erstattet werden.

Die Auszahlung dieser Kosten wird bei Vergabemaßnahmen gemäß der mit dem Träger getroffenen Vereinbarungen (i. d. R. ergeben sich diese aus den Vertragsunterlagen) geleistet.

Erfolgt die Teilnahme im Rahmen des Gutscheilverfahrens (AVGS-MAT) werden die teilnehmerbezogenen Kosten nur auf Antrag erstattet. Der/dem eLb ist ein entsprechender Bescheid auszustellen. Die Kostenerstattung erfolgt direkt an die/den eLb.

### **3.2.2 Maßnahmekosten für Vergabemaßnahmen**

#### **Weisungen**

Der Preis für die MAT wird im Vergabeverfahren ermittelt. Mit dieser Vergütung sind alle Aufwendungen zur Durchführung der MAT abgegolten. Einzelheiten sind den Produktinformationen bzw. den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Detailregelungen zur Vergütung sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

Wird bei Maßnahmekombinationen die erfolgreiche Vermittlung vergütet, hat der Träger den Erfolg durch die Vermittlungs- und Beschäftigungsbestätigung nachzuweisen. Auf diese Weise werden eventuelle Doppelförderungen (des gleichen Trägers oder bei verschiedenen Trägern) für das Maßnahmeziel „Vermittlung in versicherungspflichtige Beschäftigung“ vermieden.

Wird darüber hinaus für den/die gleiche eLb ein Antrag auf Eingliederungszuschuss (EGZ) gestellt, sind vor Auszahlung der Vermittlungsvergütung die Angaben auf der Vermittlungs- und Beschäftigungsbestätigung sowie auf dem EGZ-Antrag abzugleichen. Bei abweichenden Angaben sind entsprechende Recherchen anzustellen.

### **3.2.3    Maßnahmekosten für AVGS-MAT**

#### **Weisungen**

Es werden nur die Maßnahmekosten berücksichtigt, die im Rahmen des Zulassungsverfahrens für die jeweilige Maßnahme festgelegt wurden.

Maßnahmekosten können nur für die tatsächlich durchgeführte Maßnahme bzw. Teile von Maßnahmen erstattet werden. Fehlzeiten der Teilnehmerin/des Teilnehmers wirken sich nicht mindernd auf die Kostenerstattung aus. Wird die MAT vorzeitig beendet, können Maßnahmekosten ab diesem Zeitpunkt nicht mehr erstattet werden.

Vor der Zahlung ist - insbesondere bei vorzeitiger Beendigung der MAT - zu prüfen, ob die Rechnung der Leistungserbringung entspricht.

Grundsätzlich sind Maßnahmekosten erst nach vollständiger Leistungserbringung zu erstatten. Teilzahlungen für bereits erbrachte Leistungen sind nach entsprechendem Antrag des Trägers möglich.

## **Teil C – Ergänzende Verfahrensinformationen**

### **1. IT-Verfahren, Vordrucke, Dokumentation**

#### **1.1 Nutzung der IT-Verfahren der BA; selektiver Zugriff auf VerBIS**

##### **Weisungen**

Sowohl das Angebot zur Teilnahme an einer MAT als auch die Ausstellung eines AVGS-MAT ist im IT-Fachverfahren COSACH, Verfahrenszweig AMP, zu erfassen und bei Änderungen (z. B. bei Abbrüchen) zeitnah zu aktualisieren. Die Abrechnung der individuellen teilnehmerbezogenen Kosten der/des eLb und der Maßnahmekosten ist ebenfalls dort vorzunehmen.

Bei der Nutzung von Freitextfeldern in COSACH und VerBIS ist stets darauf zu achten, dass hier keine schutzwürdigen Daten eingegeben werden. Dies würde gegen § 203 Strafgesetzbuch verstoßen.

Bei Vergabemaßnahmen erteilt das Jobcenter dem Maßnahmeträger (nach Zustimmung der/des eLb) den Zugriff auf eine Kopie von Teilen des Bewerberdatensatzes. Die technische Umsetzung ist vom Jobcenter vor Beginn der MAT sicherzustellen.

Mit diesem Verfahren wird auch das teilnehmerbezogene Berichtswesen unterstützt.

Der Träger aktualisiert in der Kopie des Bewerberdatensatzes die Daten unter Berücksichtigung der Maßnahmeergebnisse. Am letzten Teilnahmetag wird die überarbeitete Kopie des Bewerberdatensatzes zusammen mit dem teilnehmerbezogenen Bericht elektronisch der IFK übermittelt. Danach hat der Träger keinen Zugriff mehr auf die Bewerberdaten.

Die IFK prüft die Aktualisierungen des Maßnahmeträgers und entscheidet über eine Übernahme in VerBIS.

#### **1.2 Zentrale BK-Vorlagen**

##### **Empfehlungen**

Im BK-Browser stehen zentrale BK-Vorlagen zur Durchführung von MAT zur Verfügung. Diese unterstützen insbesondere die rechtskonforme Umsetzung des Gutscheilverfahrens bei MAT (AVGS-MAT). Die Nutzung dieser BK-Vorlagen wird empfohlen. Sie lassen sich aus COSACH aufrufen.

Besondere Bedeutung hat die BK-Vorlage zum AVGS-MAT selbst. Diese stellt den eigentlichen Gutschein dar und enthält die aus Sicht der BA erforderlichen Konditionen (i. S. eines VA mit Nebenbestimmungen nach § 32 Abs. 2 SGB X).

### **1.3 Teilnehmerstatus während der MAT**

#### **Weisungen**

Teilnehmerinnen/Teilnehmer an MAT gelten i. S. d. § 16 Abs. 2 SGB III nicht als arbeitslos. Die Teilnehmerinnen/Teilnehmer sind arbeitsuchend zu führen und weiterhin in Vermittlungsbemühungen einzubeziehen.

In VerBIS nimmt der Statusassistent die erforderlichen Statusänderungen nach Einbuchung der Teilnehmerin/des Teilnehmers in die MAT im Status „bewilligt“ automatisiert vor.

### **1.4 Dokumentation**

#### **Weisungen**

Da es sich bei der Entscheidung über die Teilnahme an einer MAT um eine Ermessensleistung handelt, sind alle wesentlichen Verfahrensschritte und Entscheidungen aussagekräftig und nachvollziehbar zu begründen.

Dies gilt insbesondere für die Unterbreitung eines Angebots für die Teilnahme an einer MAT bzw. die Bewilligung der Teilnahme aufgrund des AVGS-MAT. Sie ist mit Angabe des Maßnahmeträgers, des Maßnahmeziels, der Maßnahmenummer und des Maßnahmezeitraums in VerBIS (Kundenhistorie) als Beratungsvermerk nachvollziehbar zu dokumentieren. Dies gilt auch im Falle der Ablehnung einer konkreten Maßnahmeteilnahme.

Bei der Ausstellung des AVGS-MAT sind auch die Gründe für die getroffenen Festlegungen in einem Beratungsvermerk zu dokumentieren.

In Maßnahmen mit produktionsorientierten Arbeiten oder Tätigkeiten bei einem Träger (s. Punkt B 1.9) ist zu begründen und zu dokumentieren, inwiefern die Arbeiten oder Tätigkeiten dazu dienen, sehr personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Teilnehmerin/des Teilnehmers festzustellen, zu aktivieren oder zu entwickeln bzw. vermittelte berufliche Kenntnisse praktisch zu erproben, und dass die konzeptionellen Anforderungen an den Träger gegeben sind. Ferner ist zu begründen und zu dokumentieren, dass eine betriebsnahe Kenntnisvermittlung im Rahmen einer MAG innerhalb der dafür vorgesehenen zeitlichen Grenzen von maximal zwölf Wochen nicht ausreichend ist.

Wird die/der eLb nicht im Rahmen der MAT in ein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis vermittelt und wird aus diesem Grund mit der/dem eLb ein Folgegespräch im Rahmen des Absolventenmanagements geführt, sind dessen Ergebnis bzw. die weiteren Veranlassungen ebenfalls zu dokumentieren.

## **2. Geschäftsprozessmodell der BA**

#### **Empfehlungen**

Die BA stellt im Rahmen des Geschäftsprozessmodells die Prozesse bei der Anwendung und Umsetzung einer MAT bzw. des AVGS-MAT unterstützend zur Verfügung. Diese visualisieren die typischen Arbeitsabläufe.

### 3. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel

#### Weisungen

Haushaltsmittel sind bei Bescheiderteilung für den gesamten Bewilligungszeitraum festzulegen, sie sind laufend – entsprechend den tatsächlichen Eintritten bzw. Teilnahmen – zu aktualisieren.

Die Bewirtschaftung erfolgt über das BA-Verfahren ERP/SAP. Das Vorverfahren COSACH liefert für Mittelvormerkungen und Annahme-/ Auszahlungsanordnungen die für die Kontierung und Buchung notwendigen Angaben. Die Bestimmungen der Bundeshaushaltsordnung und der dazugehörigen Weisungen HBest und KEBest sind zu beachten.

Direkt auf Finanzpositionen wird nur im Modul PSM im Rahmen von Budgetierungsvorgängen bzw. bei der Buchung von Mittelvormerkungen gebucht. Bei Buchung von Anordnungen im Modul PSCD erfolgt immer eine automatische Ableitung über den Haupt- und Teilvorgang auf Sachkonto und auf Finanzposition.

Für MAT sind folgende im Kontierungshandbuch festgelegte Kontierungselemente maßgeblich:

Vertragskonto 10, Vertragsgegenstandsart 2700 für Auszahlungsanordnungen – Quali/Beschäftigungsbegleitung, Budgetträger 7-68511-01-2250

Hauptvorgang:		Teilvorgang:			
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Sachkonto	Finanzposition
2702	Aktiv & berufl Eingliederung	0001	GruSi - Aktivierung und berufliche Eingliederung Vergabevariante § 16 (1) SGB II i. V. m. § 45 Abs. 3 SGB III	7807000720	7-68511-01-2251
2702	Aktiv & berufl Eingliederung	0009	GruSi - Aktivierung und berufliche Eingliederung Gutscheinvariante § 45 Abs. 4 SGB III	7807001230	7-68511-01-2258

### 4. Statistik und Controlling

#### Weisungen

Die in den IT-Verfahren COSACH und VerBIS erfassten Daten sind Grundlage für die Berichterstattung durch die Statistik der BA und für die BA-interne Steuerung. Zur Sicherstellung einer vollständigen und inhaltlich richtigen Datenbasis der beiden Datensysteme Statistik und Controlling sind daher die Informationen zur Leistungsgewährung in den IT-Verfahren so früh wie möglich, richtig und vollständig zu erfassen und zu aktualisieren.



## **5. Aufbewahrungsfrist**

### **Weisungen**

Die Aufbewahrungsfrist beträgt bei Eingliederungsleistungen zehn Jahre.

Liegen Hinweise auf einen Fall möglicher Erbenhaftung (§ 35 SGB II) vor, beträgt die Aufbewahrungsfrist 13 Jahre.

## **6. Qualitätssicherung**

### **Weisungen**

Die Geschäftsführungen der Jobcenter haben die Rechtmäßigkeit und Qualität von MAT bzw. AVGS-MAT über fachaufsichtliche Führung sicherzustellen und zu verantworten. Qualitätssichernde Aktivitäten müssen im Gesamtprozess verankert sein. Sie betreffen insbesondere:

- Beschaffung und Durchführung der MAT
- das Angebot einer MAT
- die Ausstellung des AVGS-MAT
- die Einlösung des AVGS-MAT
- die Abrechnung von MAT und AVGS-MAT (Maßnahmekosten und teilnehmerbezogene Kosten)

### **6.1 Zentrale Unterstützung der Qualitätssicherung**

#### **Weisungen**

Um die Führungskräfte in den Jobcentern bei der Ausübung der dezentralen Qualitätssicherung zu unterstützen, wurden im Bereich der Grundsicherung in dem mit HEGA 06/10 – 13 – veröffentlichten Handbuch „Interne Kontrollsysteme (IKS)“ Empfehlungen für die Ausgestaltung bzw. Weiterentwicklung der IKS in den Jobcentern gegeben. Darüber hinaus wurden verbindliche Bestandteile der Fachaufsicht festgelegt (Auswahl und Umfang der zu prüfenden Fälle, Prüfgegenstand, Prüfhäufigkeit, Dokumentationsrichtlinien und Richtlinien zur Berichterstattung).

#### **Empfehlungen**

In den unterstützenden Unterlagen „Gegenstände der Fachaufsicht“ zum Handbuch IKS wurden zentral identifizierte Risiken, Fehlerschwerpunkte und Umstände, die das Auftreten von Fehlern begünstigen, dargestellt. Für diese Risiken wird im Rahmen einer dezentralen Risikobewertung festgelegt, ob und in welchem Umfang MAT und AVGS-MAT in die lokale Fachaufsicht aufgenommen werden sollen.

Um die Fachaufsicht vor Ort zu stärken, wurden mit dem Excel-Tool „UFa - Unterstützung der Fachaufsicht“ Checklisten und Erläuterungsbögen zur Prüfung der Qualität von Eingliederungsleistungen entwickelt und zur Verfügung gestellt. Das Tool vereinfacht und



#### Maßnahmen bei einem Träger (MAT)

systematisiert die Durchführung, Auswertung, Dokumentation von regelmäßigen fachaufsichtlichen Prüfungen und von ggf. einzuleitenden Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung. UFa beinhaltet alle zentral identifizierten Fehlerschwerpunkte – auch unter Berücksichtigung bundesweiter Fehlerschwerpunkte aus den Berichten der Internen Revision. Die risikoorientierte Nutzung von UFa wird empfohlen.

## **6.2 Qualität von Vergabemaßnahmen, Leistungsstörungen**

### **Weisungen**

Stellt die IFK fest, dass die erbrachten Leistungen des Maßnahmeträgers nicht den vertraglichen Anforderungen entsprechen, hat sie dies der/dem für den Maßnahmeträger zuständigen Ansprechpartner/in im Jobcenter unverzüglich mitzuteilen. Das Jobcenter teilt die festgestellten Mängel dem Träger umgehend schriftlich mit und fordert die Erbringung der vertragskonformen Leistung. Wurden die Maßnahmen vom REZ eingekauft, ist dieses schriftlich zu unterrichten, wenn die Mängel innerhalb der gesetzten Frist nicht beseitigt werden.

Ist in den Vergabeunterlagen ein Gesamtbericht des Maßnahmeträgers gefordert, ist dieser zum Ende der MAT über den Maßnahmeverlauf und die Besonderheiten/Auffälligkeiten im Zusammenhang mit der Maßnahmedurchführung durch den Maßnahmeträger zu erstellen und dem Jobcenter zuzuleiten. Der Eingang dieses Berichtes ist entsprechend der gesetzten Frist in den Vergabeunterlagen zu überwachen und ggf. einzufordern. Der Berichtsinhalt ist auszuwerten.

## **6.3 Qualität von zertifizierten Maßnahmen, Leistungsstörungen**

### **Weisungen**

Werden Qualitätsmängel bei zugelassenen Maßnahmen bekannt, ist der Träger schriftlich darauf hinzuweisen und die Mängelbeseitigung zu fordern. Werden die festgestellten Mängel in der gesetzten Frist nicht beseitigt, ist die FKS zu informieren, die die Zulassung erteilt hat.

## **6.4 Nachhaltung**

### **Weisungen**

Die Vorsitzenden der Geschäftsführungen der AA haben im Rahmen ihrer Trägerverantwortung darauf hinzuwirken, dass festgestellte Mängel und eventuelle Qualitätsdefizite durch die Jobcenter behoben werden. Die eingeleiteten Maßnahmen und deren Ergebnisse werden durch die Regionaldirektionen nachgehalten.